

## Kommunaler Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV): Verdi stoppt den Nahverkehr für „maßlose“ Forderungen

- KAV: Nach 12-prozentiger Gehaltssteigerung ab März fordert Verdi weitere Erhöhungen im Umfang von 30 Prozent
- In den Tarifverhandlungen hatte der KAV konkrete Verbesserungen bei Entgeltordnung, Schichtlänge oder Zuschlägen für Samstagsarbeit angeboten

Der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) hat mit großem Unverständnis auf die Ankündigung von Warnstreiks der Gewerkschaft Verdi bei den Verkehrsbetrieben Karlsruhe (VBK) reagiert. „Das ist alles andere als der versprochene verantwortungsvolle Umgang mit dem Streikrecht“, kritisierte KAV-Hauptgeschäftsführerin Sylvana Donath. Zusätzlich zu den Gehaltssteigerungen in Höhe von durchschnittlich 12 Prozent ab März fordert Verdi für die Beschäftigten im Nahverkehr einen weiteren Zuschlag im Umfang von 30 Prozent, belegen Berechnungen des KAV. Der Forderungskatalog von Verdi sei in seinem Gesamtumfang „historisch“ und „maßlos“. Selbst Gewerkschaftsmitgliedern sei bewusst, dass dieser nicht finanzierbar sei. Verdi selbst hatte die Berechnungen des KAV nicht infrage gestellt.

„Verdi kann gerne bei den Fahrgästen, die am 13. und 14. Februar 2024 nicht wie gewohnt mit dem ÖPNV zur Arbeit kommen, um Verständnis für die Streiks werben. Dann sollten die Gewerkschaftsmitglieder aber auch ihre völlig übertriebenen Forderungen in der Öffentlichkeit vortragen – und nicht nur in den Verhandlungen“, erklärte Donath weiter.

„Bei der Entgeltordnung, bei der Schichtlänge oder bei Zuschlägen für Samstagsarbeit haben wir konkrete Verbesserungen und Entlastungen in Aussicht gestellt“, erklärte KAV-Verhandlungsführerin Stephanie Schulze. „Wir setzen uns mit voller Kraft für die Verkehrswende und ein attraktives Angebot ein. Wir müssen aber auch wirtschaftlich haushalten und können jeden Euro nur ein Mal ausgeben“, sagte Schulze.

Mit dem Zuschlag aus dem Tarifkompromiss für den Öffentlichen Dienst von April 2023 steigt das durchschnittliche Bruttogehalt im Fahrdienst nach KAV-Berechnungen ab März bereits von rund 3.600 auf mehr als 4.000 Euro. Der aktuelle Forderungskatalog in den Manteltarifverhandlungen sehe einen weiteren Anstieg auf 5.200 Euro vor. Ihr sei keine Branche bekannt, in der für Gehaltssteigerungen in einer Größenordnung von insgesamt mehr als 40 Prozent gestreikt werde, erklärte Donath. „Wir wünschen uns nun endlich schnelle und lösungsorientierte Verhandlungen von Verdi“, sagte die KAV-Hauptgeschäftsführerin mit Bezug auf die nächste Verhandlungsrunde, die am 5. und 6. März 2024 in Stuttgart stattfindet.

**Hinweis an die Redaktionen:** Ein Positionspapier des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) zu den Manteltarifverhandlungen finden Sie hier: <https://www.kavbw.de/Aktuelles>

Für **Rückfragen** steht Ihnen Frau Donath unter 0711 – 222 998 0 (sylvana.donath@kavbw.de) gerne zur Verfügung